

Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas,
Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
Tulpenfeld 4
53113 Bonn
Per E-Mail an rvt-konsultation@bnetza.de

Freiburg, 31. Januar 2022

Anhörung zu Anforderungen an Grundversorgung mit Telekommunikationsdiensten vom 22.12.2021

Sehr geehrte Damen und Herren

Mediareports beschäftigt sich seit vielen Jahren mit den Entwicklungen im Bereich Medien & Kommunikation, darunter Telekommunikation, Rundfunk, Presse und Online-Dienste. Nähere Informationen finden Sie auf unserer Website (mediareports.de).

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme und möchten nachfolgend einige Anregungen in die weitere Diskussion einbringen. Diese beziehen sich im Wesentlichen auf das Konsultationsdokument RaVT und das Gutachten „Mindestanforderungen Internetzugangsdienst“.

Parallelnutzung von Internetdiensten im Rahmen der Mindestversorgung

Der Aspekt der Parallelnutzung wird im Konsultationsdokument nicht erwähnt und im Gutachten nur kurz diskutiert. Auf Seite 148 des Gutachtens wird formuliert: „Auf die Ableitung von Anforderungen an den Internetzugang unter Berücksichtigung von zeitgleicher Nutzung von Diensten wurde Abstand genommen, nicht zuletzt wegen der gesetzlichen Vorgaben des § 157 (3), die auf Anforderungen einzelner Dienste abstellen.“

In der Praxis ist nach unserer Einschätzung davon auszugehen, dass Parallelnutzung insbesondere im Zusammenhang mit Homeoffice (Teleheimarbeit) und Homeschooling (Distanzunterricht an Schulen und Hochschulen) häufig vorkommt und im Hinblick auf Soziale Teilhabe und Risiko-/Daseinsvorsorge angemessen berücksichtigt werden sollte. In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass die Zeitsouveränität der Nutzerinnen und Nutzer eingeschränkt ist, da die Nutzungszeitpunkte zum Teil von Schulen oder Arbeitgebern bestimmt werden.

Das gegenwärtige Konzept deckt lediglich Nutzungsszenarien für Ein-Personen-Internethaushalte ab, wobei die Parallelnutzung mehrerer Dienste zu einem Zeitpunkt nicht näher diskutiert wird.

Ein-Personen-Haushalte machen lediglich 41 Prozent der Privathaushalte und 20 Prozent der Haushaltsmitglieder aus. In Mehrpersonen-Haushalten leben 80 Prozent aller Personen in Privathaushalten. Deswegen sind Parallelnutzungsszenarien für die Praxis wichtig, insbesondere im

Hinblick auf Homeoffice und Homeschooling. Nach unserer Ansicht wäre es sinnvoll, zumindest diese Anwendungsfälle näher zu analysieren und praxistaugliche Szenarien zu entwickeln. Für diese Anwendungen spielen Videotelefonie bzw. Videokonferenzen eine wichtige Rolle. Dabei handelt es sich um Dienste, für die laut Gutachten eine Aggregation der benötigten Bandbreiten für Parallelnutzungen zumindest grundsätzlich möglich sind (Gutachten S. 125: „Unstrittig ist die Erwartung, dass sich bei einer zeitgleichen Nutzung von Diensten mit kontinuierlichen Datenströmen (Dienste MIT determinierten Mindestanforderungen) die Anforderungen an die Datenübertragungsrate für den Internetzugang mit der Zahl der Nutzer vervielfachen (additive Anforderungen sowohl im Down- als auch Upstream“).

§ 156 des TKG „Recht auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten“ formuliert in Absatz 1: „Endnutzer haben gegenüber Unternehmen, die durch die Bundesnetzagentur nach § 161 Absatz 1, 2 oder 3 verpflichtet worden sind (Diensteverpflichtete), einen Anspruch auf Versorgung mit den von der Verpflichtung umfassten Telekommunikationsdiensten nach § 157 Absatz 2, einschließlich des hierfür notwendigen Anschlusses an ein öffentliches Telekommunikationsnetz, ...“.

Nach unserer Interpretation sollte sich der Begriff „Endnutzer“ aus Praxissicht auf Personen beziehen, die am Ort ihrer Hauptwohnung einen Anspruch auf die Mindestversorgung haben. Die Anforderungen an den Internetanschluss sollten dann aus den Einzelanforderungen mit Hilfe von zu entwickelnde Parallelnutzungsszenarien abgeleitet werden, insbesondere für die Anwendungen Homeoffice und Homeschooling.

§ 157 des TKG formuliert in Absatz 2: (2) Mindestens verfügbar sein müssen Sprachkommunikationsdienste sowie ein schneller Internetzugangsdienst für eine angemessene soziale und wirtschaftliche Teilhabe im Sinne des Absatzes 3, einschließlich des hierfür notwendigen Anschlusses an ein öffentliches Telekommunikationsnetz an einem festen Standort.“ Hier wird der Versorgungsanspruch auf einen schnellen Internetzugangsdienst im Zusammenhang mit dem Zweck „soziale und wirtschaftliche Teilhabe“ gestellt, was – nach unserer Auffassung - ebenfalls auf eine prioritär personenbezogene Betrachtungsweise hindeutet.

Aspekt Flatrate und monatliches Datenvolumen

Das Konsultationsdokument und das Gutachten spezifizieren Werte für Download, Upload und Latenz als Mindestanforderungen eines Internetzugangs. Nicht explizit formuliert ist, ob eine Flatrate oder Mindestdatenvolumen ebenfalls zu den Mindestanforderungen zählen soll.

Zwar beinhaltet die große Mehrheit der Breitbandzugänge in Deutschland eine Flatrate, zumindest bei DSL, Kabelinternet oder FTTB/H. Dennoch wäre es zur Vermeidung von Unklarheiten hilfreich, wenn diese Eigenschaften (Flatrate vs. Mindestdatenvolumen) ebenfalls explizit geregelt würden. In einigen anderen Länder gibt es entsprechende Regelungen, was auch im Konsultationsdokument in Kapitel 3.3.2 erwähnt wird.

Mit freundlichen Grüßen
mediareports

Per E-Mail ohne Unterschrift

Holger Delpho

Jan Todt